

Drohender Handelskrieg

Für die Schweiz wird die EU noch wichtiger

DANIEL IMWINKELRIED

Ein möglicher freier Handel dient den Konsumenten. Sie können sich zu günstigen Kosten mit den Gütern eindecken, die sie sich wünschen. Das dachte man zumindest bis vor kurzem.

Aber nun stellen US-Präsident Donald Trump und Chinas Präsident Xi Jinping diese alte Einsicht infrage. Der Handel habe auch politischen und geostrategischen Zielen zu dienen, meinen sie. Für mittelgrosse und kleine Länder, darunter die Schweiz, sind das ungemütliche Aussichten. Umso mehr muss sich die Schweiz geschickt positionieren – auch gegenüber der EU.

Trump hat ein eigenes Verständnis von Handel. Er lamentiert darüber, dass die Europäer kaum amerikanische Autos kauften. Das ist wahr. Wer kann sich erinnern, wann er zuletzt einen Cadillac auf der Strasse gesehen hat? Die Fahrzeuge kamen bei den Käufern nicht mehr an. Das ist der Grund für die niedrigen Absatzzahlen – und nicht böser Wille. Mit solchen Fakten tut sich Trump schwer. Xi Jinping hat ebenfalls eine eigene Sicht auf den Handel. China überschwemmt die Welt mit staatlich subventionierten Industriegütern. Das Überangebot ist das Resultat einer verfehlten Wirtschaftspolitik, die auch dem Machterhalt Xis dient.

Für die Schweiz, die mit der Weltwirtschaft so eng verflochten ist wie kaum ein anderes Land, ist das ein schwieriges Umfeld. Umso mehr als sie ihr Verhältnis zur EU klären muss. Ein neuer bilateraler Vertrag ist seit kurzem mit dem Staatenbund ausgehandelt, nun steht die politische Debatte dazu an.

Manche, unter ihnen die Initianten der Bewegung Kompass, sagen, die Schweiz versteife sich auf ihr Verhältnis zur EU und schliesse mit ihr eine Art Kolonialvertrag ab. Stattdessen würde der Bundesrat besser mit möglichst vielen Ländern Handelsabkommen vereinbaren, also alle Staaten gleich behandeln. So einfach ist das allerdings nicht. Als Efta-Mitglied hat die Schweiz zwar diese Woche mit Thailand und dem Kosovo Handelsverträge abgeschlossen. Das ist sinnvoll. Thailand ist allerdings ein kleiner Markt, der Kosovo erst recht.

Mit China und den USA wird es viel schwieriger werden. Die Schweiz verhandelt mit der asiatischen Grossmacht derzeit, wie das bestehende Handelsabkommen verbessert werden kann. Angeblich versucht China dabei den Eindruck zu vermitteln, die Schweiz habe vom Vertrag mehr profitiert. Das könnte zu schwierigen Gesprächen führen. Mit den USA hingegen ist ein Handelsabkommen schon gar nicht denkbar. Trump beklagt, dass die EU-Länder zu wenig Agrargüter aus den USA bezögen. Gegenüber der Schweiz

Bern muss sich geschickt positionieren – auch gegenüber der Europäischen Union.

und ihren Bauern wird er bei dieser Frage keine Kompromisse machen.

Die EU hebt sich von China und den USA positiv ab. Der EU-Kommission wird es zum Beispiel kaum je einfallen, Nachbarstaaten mit Zöllen zu drohen, wie das Trump macht. Der Staatenbund ist nicht perfekt, aber er funktioniert gemäss Regeln. Gleichzeitig ist die Kommission Anhängerin eines möglichst ungehinderten Handels. Das war jüngst nicht immer so. Aber die wirtschaftlichen Probleme, die sich in der EU gehäuft haben, haben zu einem Gesinnungswandel der Kommission ausgelöst. Sie ist offenbar überzeugt, dass mehr Handel und mehr wirtschaftliche Offenheit die EU voranbringen.

Und mit dieser Haltung findet sie Verbündete. Vor einer Woche hat die EU zum Beispiel mit Mexiko ein aufgefrischtes Kooperationsabkommen geschlossen, das auch Handelserleichterungen vorsieht. Mexiko hat ebenfalls ein verstärktes Interesse an einem solchen Vertrag, seitdem sich die Spannungen mit den USA und Trump verschärft haben.

Es sieht also aus, als versuche die EU gerade, Gleichgesinnte um sich zu scharen. Unser Land zählt aus ihrer Sicht dazu. Nun liegt es an der Schweiz: Sie muss sich genau überlegen, ob sie das Verhältnis zur EU in Trümmer schlagen will, indem sie den neuen bilateralen Vertrag ablehnt.

Pariser Klimaabkommen

Geld fliesst auch ohne Trump in die Energiewende

KALINA OROSCHAKOFF

Die USA steigen aus dem Pariser Klimaabkommen aus. Schon wieder – und anders als im Jahr 2017 ging es dieses Mal ganz schnell: Donald Trumps Anordnung kam, wenige Stunden nachdem er zum zweiten Mal als Präsident der USA vereidigt worden war.

Trump setzt mit dem Entscheid ein Wahlversprechen um. Und bestätigt damit ein weiteres Mal, dass die USA ein unzuverlässiger Partner in der internationalen Klimapolitik sind. Das ist ein Rückschlag für den weltweiten Klimaschutz. Mit dem Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen schaden sich die USA aber vor allem selbst: Trumps grüner Rückzug überlässt die Energiewende seinen wirtschaftspolitischen Rivalen – allen voran China.

Ohne Frage: Der Ausstieg ist eine schlechte Nachricht für die internationale Klimabewegung und die Hoffnung, die Klimaziele des Pariser Vertrags zu erreichen. Heute sind die USA nach China der zweitgrösste Verschmutzer der Welt. Kein Land hat, historisch gesehen, insgesamt mehr Treibhausgas in die Atmosphäre geblasen und so das Klima während der vergangenen Jahrzehnte aufgeheizt.

Gleichzeitig sollte man den Akt des Ausstiegs nicht überbewerten: Er ist vor allem symbolisch.

«Ich trete sofort aus dem unfairen, einseitigen Pariser Klimaabkommen aus», sagte Trump am Montag. «Die Vereinigten Staaten werden nicht ihre eigene Industrie sabotieren, während China ungestraft die Umwelt verschmutzt.» Gleichzeitig würden künftig Milliarden von Dollar gespart werden.

Das Argument, dass das Pariser Abkommen die USA zu irgendetwas zwingt und China bevorteile, ist vorgeschoben. Kein Land riskiert Sanktionen, wenn es sich nicht an die Ziele des Pariser Abkommens hält. Dabei ist die freiwillige Natur der Verpflichtungen vor allem auf die amerikanische Verhandlungsmacht zurückzuführen. 2015 blockierten die USA unter der Führung von John Kerry, dem damaligen Aussenminister, die Versuche, Regierungen zu verbindlichen Emissionsminderungen zu zwingen. Auch als aktives Mitglied des Vertrags haben die USA während der vergangenen Jahre zu wenig getan, um den Klimazielen gerecht zu werden – und das ungestraft.

Donald Trumps Entscheidung droht aber den fragilen Konsens hinter dem Pariser Abkommen weiter aufzuweichen. Der internationalen Klimadiplomatie stehen dunkle Zeiten bevor. Ohne die Finanzspritze aus den USA werden sich die Kämpfe um die für den Klimaschutz in Entwicklungslän-

dern benötigten Milliarden nur noch weiter zuspitzen. Donald Trumps klimapolitische Feindseligkeit gibt derweil anderen Nachzögern und skeptischen Regierungen Rückendeckung.

Die Politik aber ist das eine, der Markt das andere. Und die Aussichten für die globale Energiewende sind weit weniger düster. Mehr Geld fliesst in grüne Energietechnologien als in die fossilen Brennstoffe; die Kosten von Solar- und Windenergie sind über die Jahre dramatisch gefallen. Die Fahrtrichtung ist damit festgelegt – ob mit oder ohne die USA. Die Ironie dabei? Während Trump vor allem in den fossilen Brennstoffen die Zukunft sieht – und den Schlüssel zum wirtschaftlichen Triumph über China, sieht man die Lage in Peking gänzlich anders.

Kein Land verbrennt mehr Kohle als China. Kein Land ist heute stärker für den Klimawandel verantwortlich als China. Da hat Trump mit seinen Anschuldigungen recht. Gleichzeitig investiert aber auch kein Land mehr in den Ausbau erneuerbarer Energien, in Elektroautos und andere grüne Technologien, um langfristig das eigene Wirtschaftswachstum zu sichern. Mehr noch, China dominiert schon heute den Wettstreit um die neuen, grünen Märkte. Ohne Donald Trump hat China mehr denn je freie Fahrt.

Der Rückzug der USA überlässt die neuen, grünen Märkte den wirtschaftspolitischen Rivalen – allen voran China.

Munitionslager von Mitholz

Der Bund muss das Risiko neu berechnen

SELINA BERNER, BERN

Das ehemalige Munitionslager in Mitholz, ein Erbe der Armee aus dem Zweiten Weltkrieg, muss geräumt werden. So viel ist klar. Diverse Risikoanalysen in den letzten Jahren sind zu dem Schluss gelangt, dass es erneut zu Explosionen im Berg kommen könnte. Sogar Tote könnten nicht ausgeschlossen werden.

Ein bislang unveröffentlichter Bericht von Munitionsexperten der Schweizer Armee kommt zu einem anderen Ergebnis. Die Spezialisten haben Tausende Bomben, Granaten, Geschosse und Minen aus dem ehemaligen Lager geholt. Geräumt wurden die «Hotspots», also jene Stellen, wo das grösste Explosionsrisiko vermutet wurde. Fazit: Was noch im Berg liegt, könne ein Umweltproblem sein – aber ein Explosionsrisiko bestehe nicht.

Die bisherigen Risikoanalysen des Verteidigungsdepartements (VBS) basieren einzig auf Berechnungen und Simulationen. Doch die Risikoexperten des deutschen Fraunhofer-Instituts, welches die VBS-Analysen überprüft, schrieben 2022: Sondiergrabungen würden «nach wie vor als einzig mögliche Quelle angesehen», um die Unsicherheiten der berechneten Risiken «deutlich zu reduzieren». Probebohrungen und -grabungen geben am

ehosten ein annähernd realitätsgetreues Bild der Lage am Berg. Der Bericht der Munitionsspezialisten zu den Sondiergrabungen liegt dem VBS seit März 2024 vor. Bislang gab es keine neue Risikoanalyse. Auch geplant ist nichts.

Das ist nicht nachvollziehbar – insbesondere, weil die Kampfmittelräumer des Kommandos Kamir eine Fachstelle aus dem VBS selbst sind. Gemäss eigener Darstellung sind die Munitionsspezialisten «auf dem neuesten Stand der Sprengstofftechnologie». Sie könnten «mit komplexen Räumungsprojekten betraut werden». Doch ausgerechnet beim grossen Räumungsprojekt im eigenen Land wird auf ihre Expertise kaum Wert gelegt. Die Spezialisten räumen weltweit Minen und andere Kampfmittel von Schulwegen, aus Dörfern, von Äckern. Dabei gehen sie immer gleich vor: nach internationalen Standards. Sie prüfen vorhandene Dokumente, machen Sondiergrabungen und schätzen dann das Gefahrenpotenzial ein.

Im Projekt entschied das VBS sehr früh, dass die Bevölkerung für die Räumung für mindestens zehn Jahren wegziehen muss. Die Munitionsspezialisten zogen diese drastische Massnahme nie in Betracht. Die Munition, die noch im Berg liege, sei «daily business», befanden Spezialisten aus Deutschland und Frankreich bei einem internationalen Treffen 2020. Zu temporären Evakuierungen könne es kommen,

Beim grossen Räumungsprojekt im eigenen Land wird auf die Expertise der hiesigen Munitionsspezialisten kaum Wert gelegt.

jedoch nur über kurze Zeitabschnitte. So ist das Vorgehen etwa in Deutschland, wo fast täglich Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg gefunden werden. Die Kampfmittelräumer bestimmen die Schutzmassnahmen und wer wie lange für eine Räumung oder Sprengung evakuiert werden muss. Im Oktober 2024 wurde in Köln eine amerikanische Fliegerbombe kontrolliert gesprengt. Dafür mussten 6400 Anwohner einen Tag lang ihre Wohnungen verlassen.

Würde man das Vorgehen von Mitholz – die Bewohner ziehen weg, bis die letzte Patrone geräumt ist – auf andere Orte übertragen, wären diese für Jahre, einige gar für immer unbewohnbar; auch Köln. Die Stadt am Rhein zählte im Zweiten Weltkrieg zu den stärksten bombardierten Zielen. Bombenentschärfungen sind dort Normalität. Dennoch wird weitergelebt bis zum nächsten Blindgängerfund. Dies ist möglich, weil es Fachspezialisten für Kampfmittelräumungen gibt.

Auch in der Schweiz gibt es mit Kamir eine solche Fachgruppe. Diese Spezialisten haben nun zwei Jahre lang im Berg bei Mitholz gebohrt, gegraben und ihre Erkenntnisse in einem Bericht verarbeitet. Sie sagen, die Räumung der Minen und Bomben sei «problemlos» möglich und das Explosionsrisiko klein. Das sollte die Grundlage sein für alle Schutzmassnahmen.